

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Klaus Ernst, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5903 –**

Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller sind die Ergebnisse der aktuellen Studie der OECD zum Leistungsniveau der Deutschen Rentenversicherung besorgniserregend. Insgesamt liege das Sicherungsniveau im Alter in Deutschland auf extrem niedrigem Niveau. Hier zeigten die Reformen der letzten Jahre ihre dramatischsten Auswirkungen. Der Alarmruf der OECD, „Deutschland sollte der Rentenentwicklung für Geringverdiener besondere Aufmerksamkeit schenken und einem Anstieg der Altersarmut vorbeugen“, dürfe nicht unerhört bleiben. Dass Deutschland für Geringverdienerinnen und Geringverdiener mit einem Rentenniveau von unter 40 Prozent nur wenig mehr als die Hälfte des OECD-Durchschnitts zu bieten habe, sei für ein so reiches Land nicht akzeptabel. Die OECD betone, dass der Nachhaltigkeitsfaktor sowie der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung „das Niveau in der gesetzlichen Rente in Zukunft noch weiter senken“ dürften. Die Situation spitze sich dramatisch zu.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen der OECD halte die Bundesregierung an dem von ihr begonnenen Reformweg fest, der (mit der so genannten Riester-Reform) die Lebensstandard sichernde Zielsetzung der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Not aufgegeben habe.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Dämpfungsfaktoren der gegenwärtigen Rentenanpassungsformel aufzuheben und bei der Bestimmung des aktuellen Rentenwerts zurückzukehren zur Anpassung der Renten entsprechend der Entwicklung der Nettoarbeitsentgelte der Aktiven.

Ebenfalls aufgehoben werden soll die Deckelung des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung; als rentenpolitisches Sicherungsziel für so genannte Standarderwerbsbiografien – 45 Versicherungsjahre zu Durchschnittsentgelt – soll ein Sicherungsniveau vor Steuern in Höhe von 53 Prozent festgeschrieben werden. Bei der Feststellung des Sicherungsniveaus vor Steuern soll auf die rechnerische Kürzung der Entgelte der Aktiven um geförderte

Altersvorsorgeaufwendungen verzichtet werden. Schließlich soll die bislang durch die Dämpfungsfaktoren und gesetzlichen Null-Runden bewirkte Rentenniveausenkung über einen anpassungserhöhenden Rückholfaktor umgehend wieder ausgeglichen werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenüberlegungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5903 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Vorsitzender

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen)

I.

Der Antrag auf **Drucksache 16/5903** ist in der 109. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2007 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Gesundheitsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Die mitberatenden Ausschüsse haben in ihren Sitzungen am 24. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II.

Nach Auffassung der Antragsteller sind die Ergebnisse der aktuellen Studie der OECD zum Leistungsniveau der Deutschen Rentenversicherung besorgniserregend. Insgesamt liege das Sicherungsniveau im Alter in Deutschland auf extrem niedrigem Niveau. Hier zeigten die Reformen der letzten Jahre ihre dramatischsten Auswirkungen. Der Alarmruf der OECD, „Deutschland sollte der Rentenentwicklung für Geringverdiener besondere Aufmerksamkeit schenken und einem Anstieg der Altersarmut vorbeugen“, dürfe nicht unerhört bleiben. Dass Deutschland für Geringverdienerinnen und Geringverdiener mit einem Rentenniveau von unter 40 Prozent nur wenig mehr als die Hälfte des OECD-Durchschnitts zu bieten habe, sei für ein so reiches Land nicht akzeptabel. Die OECD betone, dass der Nachhaltigkeitsfaktor sowie der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung „das Niveau in der gesetzlichen Rente in Zukunft noch weiter senken“ dürften. Die Situation spitze sich dramatisch zu.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen der OECD halte die Bundesregierung an dem von ihr begonnenen Reformweg fest, der (mit der so genannten Riester-Reform) die Lebensstandard sichernde Zielsetzung der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Not aufgegeben habe.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Dämpfungsfaktoren der gegenwärtigen Rentenanpassungsformel aufzuheben und bei der Bestimmung des aktuellen Rentenwerts zurückzukehren zur Anpassung der Renten entsprechend der Entwicklung der Nettoarbeitsentgelte der Aktiven.

Ebenfalls aufgehoben werden soll die Deckelung des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung; als rentenpolitisches Sicherungsziel für so genannte Standarderwerbsbiografien – 45 Versicherungsjahre zu Durchschnittsentgelt – soll ein Sicherungsniveau vor Steuern in Höhe von 53 Prozent festgeschrieben werden. Bei der Feststellung des Sicherungsniveaus vor Steuern soll auf die rechnerische Kürzung der Entgelte der Aktiven um geförderte Altersvorsorgeaufwendungen verzichtet werden. Schließlich soll die bislang durch die Dämpfungsfaktoren und gesetzlichen Null-Runden bewirkte Rentenniveausenkung über einen anpas-

Berlin, den 24. Oktober 2007

sungserhöhenden Rückholfaktor umgehend wieder ausgeglichen werden.

III.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 16/5903 in seiner 62. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** wiesen darauf hin, dass sich der Antrag ausschließlich auf das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem beziehe. Das neue Altersversicherungssystem, das inzwischen systematisch aufgebaut werde, basiere dagegen auf mehreren Säulen: auf der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente sowie der betrieblichen Rente und der Riesterrente, die nicht umlagefinanziert seien. Bei letzteren habe jeder Arbeitnehmer für sich persönlich vorzusorgen. Zugleich werde dabei eine Belastung zukünftiger Generationen vermieden. Ein solches Mischsystem sei überdies zukunftssicherer als ein reines Umlagesystem. Bemerkenswert sei auch, wie die Antragsteller die demographische Entwicklung ignorierten. Die OECD-Studie werde dabei völlig selektiv verwendet.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass der Lösungsansatz des Antrags eine Kampfansage an die jüngere Generation sei und daher abgelehnt werde. Der OECD-Bericht bestätige ausdrücklich, dass die Nachhaltigkeit gewährleistet sei. Die Botschaft müsse lauten, dass die gesetzliche Alterssicherung um zusätzliche private und betriebliche Vorsorge ergänzt werden müsse. Dann sei auch eine Sicherung des Lebensstandards möglich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, dass ihr Antrag das Ziel verfolge, die gesetzliche Rentenversicherung wieder zu einem Instrument zu machen, das vor Altersarmut schütze und geeignet sei, den Lebensstandard zu sichern. Statt des Beitragsatzdogmas müsse man wieder die Lebensstandardabsicherung in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Selbst bei gutem Einkommen schütze die gesetzliche Rentenversicherung derzeit nicht mehr vor Altersarmut. Die Behauptung, der Antrag führe zu höheren Belastungen der Arbeitnehmer, weise man zurück. Vielmehr gehe es darum, die Arbeitgeber wieder paritätisch an der Finanzierung der Altersvorsorge zu beteiligen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass der Antrag eine Rückkehr zur Rentenpolitik früherer Regierungen anstrebe. Die Vorschläge bedeuteten eine hohe Belastung der jüngeren Generationen und der mittelständischen Betriebe. Auch sie kritisierten, dass die OECD nur selektiv zitiert werde, was unseriös sei. Die OECD habe festgestellt, dass die Reformen der vergangenen Jahre dazu beigetragen hätten, die finanzielle Nachhaltigkeit des Systems spürbar zu erhöhen. Angesichts einer alternden Gesellschaft sei der Antrag antiquiert und deshalb abzulehnen.

Peter Weiß (Emmendingen)
Berichterstatte